

## **Ungerecht und überflüssig**

### EU-weite Einigung statt nationale Steuergeschenke für Unternehmen

Die geplante Unternehmenssteuerreform ist ungerecht, weil sie eine Umverteilung von unten nach oben bedeutet. Die Konzerne sollen um rund fünf Milliarden Euro entlastet werden, gleichzeitig hat die Große Koalition die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3% beschlossen. Die Unternehmenssteuerreform ist aber auch überflüssig, weil sie weder zu mehr Wachstum noch zu mehr Jobs führen wird. Deutschland ist für Unternehmen bereits ein Niedrigsteuerland. Die Steuersätze sind zwar relativ hoch, die tatsächlich gezahlten Steuern sind im EU-Vergleich aber eher niedrig - das zeigen die Statistiken u.a. auch des Industrieländerclubs der OECD. Es gibt für Konzerne extrem viele Schlupflöcher und Möglichkeiten, die Steuerlast herunterzurechnen, etwa, indem sie ihre Gewinne im Ausland versteuern und ihre „Verluste“ bei den deutschen Finanzämtern geltend machen. Die Bürger verstehen zu Recht nicht, warum sie für die Entlastung der großen Unternehmen bezahlen sollen.

Finanzminister Peer Steinbrück folgt dem neoliberalen Irrglauben, dass niedrige Steuern zu mehr Investitionen, mehr Produktion, mehr Jobs und damit schließlich auch wieder zu einem höheren Steueraufkommen führen werden, die Unternehmenssteuerreform sich mittelfristig also selbst finanziert. Dass das nicht funktioniert, zeigt die deutsche Wirklichkeit der rot-grünen Jahre. Theoretisch spricht nichts dagegen, die Steuersätze zu senken und gleichzeitig die Bemessungsgrundlage zu verbreitern, also Schlupflöcher zu schließen. Die Gesamtsteuerlast der Unternehmen bliebe die gleiche. Die Erfahrung bisher zeigt allerdings, dass das extrem schwer umsetzbar ist. Die Lobbyverbände setzen sich fast immer durch, wenn es darum geht, dieses oder jenes Schlupfloch doch beizubehalten - gerade auch mit der Drohung, dass sonst tausende Arbeitsplätze verloren gehen. Außerdem hat Finanzminister Steinbrück den Wirtschaftsverbänden ja bereits zugesagt, dass die Steuerreform ihnen Cash bringen wird.

Es gilt, den Konzernen ihr Erpressungspotenzial zu nehmen. Und das geht nur länderübergreifend. Deutschland hat 2007, wenn es die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, die Chance und Verpflichtung, sich für eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern einzusetzen. Der Steuersenkungswettlauf der EU-Staaten muss beendet oder wenigstens gemindert werden. Dann können die Konzerne nicht mehr mit Jobverlagerung drohen. Und dann gibt es auch keinen Grund mehr, ausgerechnet diejenigen, die ohnehin wenig Geld haben, für Geschenke an die Unternehmen bezahlen zu lassen.

Die Autorengruppe der Solidarischen Einfachsteuer hat eine ausführliche Stellungnahme zu den Plänen der Bundesregierung erarbeitet, die von der IG-Metall und von Verdi mitgetragen wird.